



Cherson am 9. Juni: Wie viele Menschen ertranken, ist nicht bekannt

Dammbruch sondergleichen

Ukraine/Russland Es gibt keinen von allen Seiten anerkannten Mechanismus, um die Katastrophe am Dnipro aufzuklären

von Hans-Georg Ehrhart

Bei der Zerstörung des Kachowka-Staudamms handelt es sich zweifellos um einen Dammbruch im doppelten Sinne – faktisch und metaphorisch. Große Flächen sowie Städte und Dörfer in der Provinz Cherson wurden überflutet, Tausende Zivilisten mussten fliehen. Wie viele ertranken, weiß man nicht. Das wahre Ausmaß dieser menschengemachten Katastrophe ist noch nicht absehbar. Russland und die Ukraine beschuldigen sich gegenseitig, für diesen verbrecherischen Akt verantwortlich zu sein.

Wahrscheinlich ist der Damm durch eine „interne Explosion“ zerstört worden. Kiew behauptet, Moskau stecke dahinter, weil Russland die Anlage kontrolliere und einen militärischen Vorteil aus einer Zerstörung ziehe. Die Fluten machten eine ukrainische Gegenoffensive an diesem Frontabschnitt unmöglich. Militärexperten zweifeln jedoch daran, dass es diese Angriffsabsicht je gegeben hat, da Kiew gar nicht über die dafür notwendigen amphibischen Fähigkeiten verfügt. Moskau behauptet, wegen der Überflutung russischer Stellungen seien eigene Angriffe nicht mehr möglich, ukrainische allerdings umso mehr, da die eigenen Befestigungsanlagen überschwemmt worden seien. Der genaue Hergang ist bislang unabhängig nicht zu überprüfen. Fest steht nur, dass Menschen auf beiden Seiten des Flusses mit einer Katastrophe ringen. Kurz vor dem Dammbruch hat weiter östlich an der Saporischschja-Front die lange angekündigte Gegenoffensive begonnen, der Zeitpunkt für das Fluten einer Region war wohl kein Zufall.

Die Folgen für die Zivilbevölkerung sind immens. UN-Generalsekretär António Guterres beschrieb sie als „monumentale humanitäre, ökonomische und ökologische Katastrophe“. Nicht nur haben viele Menschen beiderseits der Frontlinie alles verloren und stehen vor dem Nichts. Die ganze Region hing stark vom Wasserkraftwerk und von seinem Wasserreservoir ab. Es bot Trinkwasser und sicherte die Bewässerung

der Felder in einer „Kornkammer Europas“. Ohne diese Infrastruktur könnte sich, so die schlimmsten Befürchtungen, der ganze Raum in eine menschenfeindliche Wüste verwandeln. Nicht zuletzt die Süßwasserversorgung der Halbinsel Krim ist beeinträchtigt. Kurzfristig können die Wassermassen Landminen und viele Schadstoffe davontragen. Es besteht Seuchengefahr. Zudem verschärft sich der akute Strommangel. Die Kühlung des größten europäischen Atomkraftwerks Saporischschja ist laut UN-Angaben vorerst gesichert. Aber wie lange? Die langfristigen Schäden für das Ökosystem sind so enorm, dass manche bereits von einem Ökozid sprechen.

Zweifellos ist die Zerstörung des Damms ein klarer Verstoß gegen das Erste Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention. Die Grundidee des humanitären Völkerrechts besteht darin, dass – wenn schon der Krieg nicht zu verhindern ist – zumindest die zivilen Opfer minimiert werden sollten. Angesichts des Grauens des Zweiten Weltkriegs, der über 70 Millionen Tote kostete, die Mehrheit davon Zivilisten, verbot die 1949 verabschiedete Genfer Konvention zwar allgemein Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Zivilisten blieben aber potenzielle „legitime Opfer“, wenn sich ein Angriff gegen politische Ziele und industrielle Objekte richtete, die Militäroperationen direkt unterstützten. Auch wenn sich ein substanzieller Bevölkerungsteil in der Nähe aufhielt. Die amerikanischen Bombentepiche im Zweiten Indochina-Krieg (1964–1973) und die zahllosen zivilen Opfer in Nord- und Südvietnam trugen mit dazu bei, dass die Genfer Konvention 1977 um zwei Zusatzprotokolle ergänzt wurde. Das erste, über das Kriegsrecht in internationalen Konflikten, verbietet seither unter anderem den direkten Angriff auf Zivilisten und das Verursachen von exzessivem Kollateralschaden. Zugleich begrenzt Artikel 35 das Recht der Konfliktparteien

Die Schäden für das Ökosystem lassen an einen Ökozid denken

bei der Wahl von Methoden der Kriegsführung, um überflüssige Verletzungen oder unnötiges Leiden zu unterbinden. Unter sagt ist außerdem eine Kriegsführung, die langfristige schwere Schäden für die Umwelt verursacht. Explizit verboten sind Angriffe auf Dämme, Deiche und Nuklearanlagen (Art. 56). Um Verstöße gegen dieses humanitäre Völkerrecht verifizieren zu können, ist die Einrichtung einer International Fact-Finding Commission vorgesehen (Art. 90). Die Sowjetunion hat zwar das Erste Zusatzprotokoll unterzeichnet und ratifiziert, doch Russland zog 2019 seine Erklärung zurück, in der es die Zuständigkeit dieser internationalen Kommission anerkannte. Infolgedessen gibt es keinen von allen gebilligten Mechanismus, um die Schuldfrage in Sachen Kachowka-Staudamm zu klären.

Sonderfall Kernwaffen

Die Tatsache, dass die USA das entsprechende Dokument erst gar nicht ratifiziert haben, lenkt den Blick auf ein weiteres Problem. Washington hatte von Anfang an die Sorge, dass der erweiterte Schutz von Zivilisten im Krieg den Ersteinsatz von Kernwaffen und die Anwendung von (nuklearen) Repressalien im Fall eines konventionellen Angriffs verhindern könnte. Darum fügte es dem Ersten Zusatzprotokoll eine Deutung bei, die klarstellt, dass das Protokoll keine Anwendung auf den Einsatz von Nuklearwaffen findet. Darin waren sich übrigens Washington und Moskau einig.

Angesichts der zu erwartenden schweren Verwüstungen im Fall eines allgemeinen Nuklearkriegs ist es zwar zynisch, aber nachvollziehbar, dass die US-Seite damals argumentierte, die Anwendung von Regeln zum Schutz von Zivilisten sei in diesem Fall „unpraktisch“. Doch was heißt das für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen mit geringerer Sprengkraft? Diese kann von der Stärke der Hiroshima-Bombe (13 Kilotonnen) bis zu einer Sprengkraft von „nur“ 0,3 Kilotonnen reichen. Zu einer nuklearen Eskalation ist es im Ukraine-Krieg zwar glücklicherweise noch nicht gekommen, aber die mutwillige Zerstörung des Kachowka-Damms markiert eine qualitativ neue Stufe der Kriegsdynamik, die weitere Dammbrüche befürchten lässt.

Hans-Georg Ehrhart ist Senior Research Fellow am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Der Hauptschlag kommt erst noch

Krieg Die Ukraine verzeichnet zu Beginn ihrer Offensive erste Erfolge, vor allem aber Verluste

von Nikita Gerasimov

Die ukrainische Gegenoffensive hat begonnen. Lange hatte Kiew sie versprochen und zur Entscheidungsschlacht des Ukraine-Krieges ausgerufen. Präsidentenberater Mychajlo Podoljak oder Kyrylo Budanow, Chef des Militärgeschichtsdienstes GUR, kündigten die „Befreiung aller Gebiete“ innerhalb weniger Monate an. Die Erwartungen in der Ukraine sind dementsprechend hoch.

Der Start der Offensive gestaltete sich bislang allerdings mehr als schwierig. Anders als im vergangenen Jahr bei Cherson oder Charkiw lassen russische Truppen bislang keine Hinweise auf einen größeren Rückzug erkennen. Stattdessen wird auf der gesamten Länge der Front erbittert gekämpft. Die tief gestaffelten russischen Verteidigungslinien erwiesen sich als ernst zu nehmende Befestigungsanlagen und nicht als bloß symbolische „rote Linien“ des Kreml.

Zwar verzeichneten ukrainische Truppen nach einer Woche erste Territorialgewinne, vor allem im Bereich des so genannten Wremiwwa-Vorsprungs an der Saporischschja-Front, einer russisch kontrollierten Landzunge weit im ukrainischen Gebiet – jedoch zum Preis von teils schweren Verlusten an Menschen und Technik. Eine Kombination aus Artilleriefire, Luftunterstützung, weiten Minenfeldern und massivem Einsatz so genannter FPV-Drohnen auf russischer Seite setzt ukrainischen Stoßgruppen in den ersten Tagen der Offensive sichtlich zu. Aufnahmen von zerschossenen ukrainischen Kolonnen samt moderner westlicher Technik machen die Runde. Verbrannte US-„Bradleys“, verlassene französische AMX-10-RC-Radpanzer, brennende deutsche „Leoparden“ – die Bilder aus den ersten Tagen führten unter Konfliktschätzern zu intensiven Debatten, ob es sich um „zu erwartende Verluste bei derartigen Offensivoperationen“ handle oder doch um eine Fehlkalkulation des ukrainischen Generalstabs. Bedenkt man, wie wichtig die mediale Dimension der Gegenoffensive für die ukrainische Regierung und den Generalstab stets war, kann man mit großer Sicherheit sagen, dass zumindest deren erste Phase nicht nach Plan abließ.

Zugleich wird sowohl in der ukrainischen als auch in der russischen Kriegsdebatte vor voreiligen Schlüssen gewarnt. Die ukrainische Offensive ist erst angefallen und dürfte aus vielen Phasen bestehen. Strategische Reserven des neunten und zehnten ukrainischen Korps – die Hauptschlagkraft der ukrainischen Offensivtruppen – griffen bislang erst gar nicht ein. Der Hauptschlag kommt noch – laut manchen Einschätzungen gegen Ende Juni oder Anfang Juli.

Zudem bleibt die Saporischschja-Front derzeit zwar der am meisten umkämpfte Abschnitt, ist aber längst nicht der einzige Schwerpunkt der Gefechte: Ukrainische Offensivversuche bei Donezk und an der Grenze zur russischen Region Belgorod werden täglich gemeldet. Der ukrainische Generalstab versucht, die russischen Verteidigungslinien auseinanderzuziehen, womöglich um von einem bestimmten Moment an mit voller Wucht an einer anderen Stelle zuzuschlagen. Trotz der bereits deutlichen Verluste hat Kiew ein Gros der westlichen Technik noch nicht eingesetzt. In der zweiten und dritten Linie warten Hunderte Panzer, darunter „Leoparden“, britische „Challengers“ und US-amerikanische „Abrams“, auf ihren Einsatz.

Kiew wird vermutlich alles in die Offensive werfen – aus innen- wie außenpolitischen Gründen. So ist Präsident Wolodymyr Selenskyj längst Geisel seines eigenen alternativen Narrativs vom militärischen Sieg geworden. Erfolge waren der ukrainischen Öffentlichkeit schon spätestens für Mai versprochen worden. Treten sie nicht bald ein, sind unangenehme Fragen der ukrainischen Öffentlichkeit vorprogrammiert. Außenpolitisch wiederum hat die komplette Abhängigkeit der ukrainischen Armee von westlichen Waffenlieferungen Folgen: Westliche Regierungen brauchen militärische Erfolge der Ukraine, um dem eigenen Publikum die immensen Waffen- und Finanzhilfen glaubwürdig „verkaufen“ zu können. Daher werden Selenskyj und der Generalstab wohl mit allen Mitteln versuchen, bis spätestens 11. Juli signifikante Erfolge zu erzielen – am 11. Juli startet in Vilnius der NATO-Gipfel 2023, eine Art „Zwischenprüfung“ für Selenskyj.

ANZEIGE



Der radioeins & Freitag Salon

Jakob Augstein im Gespräch mit Eva von Redecker

Freiheit trotz Klimakollaps

26.06.23 | 20 Uhr | Literaturhaus Berlin | Fasanenstraße 23 | 10719 Berlin
Karten unter: www.literatur-berlin.tickettoaster.de





Foto: Sophie Brand